

EDITORIAL 1: EINE VERFASSUNG DER RECHTE ZEICHNET SICH AB, WÄHREND DAS RECHT AUF PROTEST WEITERHIN VERLETZT WIRD

19.05.2022

Von Rodrigo Bustos, Exekutivdirektor von Amnesty International Chile

Der städtische Raum, die Straßen und der öffentliche Raum dienen nicht nur der Fortbewegung. In einer demokratischen Gesellschaft werden diese Orte auch als ein Raum der Beteiligung verstanden. **Deshalb dürfen die Menschen demonstrieren und die Behörden müssen das Recht auf friedlichen Protest garantieren.**

Dies wurde in unserem Land während der sozialen Unruhen eindeutig nicht erfüllt, da es gerade im Zusammenhang mit den Demonstrationen zu schweren und weit verbreiteten Menschenrechtsverletzungen kam. Im Hinblick auf diese Menschenrechtsverletzungen gibt es nach Ansicht unserer Organisation genügend Hintergrundinformationen, um gegen das Oberkommando der Carabineros de Chile zu ermitteln und es zu bestrafen.

In diesem Zusammenhang wurden bei den jüngsten Demonstrationen Gewaltakte der Polizei und von Privatpersonen gegen Demonstrant:innen angeprangert. **Die Behörden müssen das Recht auf friedliche Proteste gewährleisten, wozu auch der Schutz der Unversehrtheit dieser Menschen vor Provokateur:innen und Gegendemonstrant:innen gehört.**

Der verwerflichste Fall ist natürlich die Schießerei, bei der die Journalistin Francisca Sandoval getötet wurde. Die Arbeit von Journalist:innen und Kommunikator:innen ist von grundlegender Bedeutung für die Information der Bevölkerung und spielt eine wichtige Rolle bei der Berichterstattung über das Vorgehen des Staates und der Sicherheitskräfte bei Demonstrationen, um unverhältnismäßige Gewaltanwendung und Amtsmissbrauch zu verhindern.

Daher muss der chilenische Staat nicht nur den Mord an Francisca Sandoval gründlich aufklären und die Verantwortlichen bestrafen, sondern auch **Maßnahmen zum Schutz von Demonstrant:innen, Journalist:innen und sozialen Akteur:innen ergreifen.** Auf normativer Ebene ist es ebenfalls wichtig, das Gesetzesdekret 1086 aus dem Jahr 1983, das weiterhin das Versammlungsrecht regelt, hinter sich zu lassen und über eine gesetzliche Regelung dieses Rechts zu verfügen, die mit den Menschenrechtsstandards in diesem Bereich übereinstimmt. Schließlich zeigen uns die Geschehnisse einmal mehr die **dringende Notwendigkeit, unverzüglich eine tiefgreifende und strukturelle Reform der Carabineros de Chile voranzutreiben, die trotz der Empfehlungen von Amnesty International und anderen internationalen Organisationen immer noch aussteht.**

Was die Demonstrationen und Forderungen nach den sozialen Unruhen angeht, so sind wir heute der Verwirklichung des kollektiven Traums einer neuen Verfassung näher gekommen. Wir haben bereits einen konsolidierten Satz von Normen. Obwohl die Arbeiten zur Harmonisierung und zu den Übergangsnormen noch nicht abgeschlossen sind, können wir bereits jetzt sagen, dass wir uns einer robusten Verfassung in Bezug auf die Rechte nähern.

Dies ist hauptsächlich auf folgende Punkte zurückzuführen:

- Es handelt sich um einen Text, in dem die Grundrechte stärker verankert sind, insbesondere die wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und ökologischen Rechte sowie die Rechte besonders geschützter Gruppen.
- Es werden Menschenrechtsinstitutionen mit verfassungsmäßiger Hierarchie geschaffen.
- Mit dem Prinzip des sozialen und demokratischen Rechtsstaates wird dem Staat die Pflicht auferlegt, Rechte, insbesondere soziale Rechte, zu garantieren.
- Sie erkennt die internationalen Menschenrechtsnormen nachdrücklich an, indem sie die verfassungsmäßige Hierarchie der Menschenrechtsverträge festlegt.

Das, wovon wir so lange geträumt haben, nämlich die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern, ist nun näher gerückt; die Grundrechte stehen eindeutig im Mittelpunkt der neuen Verfassung. Nach Ansicht von Amnesty International ist dies unbestreitbar und wir glauben, dass dies ein Grund zum Feiern ist. Wir werden daher versuchen, dazu beizutragen, dass die Bürger:innen diese Fortschritte zu schätzen wissen und das chilenische Volk am 4. September einen weiteren Schritt in Richtung einer neuen Verfassung machen kann, die die Rechte aller achtet.